

Veranstaltungsreihe InterLycées zu Jugendarbeitslosigkeit im Forum Geesseknäppchen

# „Engagiert Euch“

Europaparlamentschef Schulz zwischen zwei europäischen Terminen zu Besuch in Luxemburg

VON MICHÈLE GANTENBEIN

„Die Europäische Union befindet sich in einem lamentablen Zustand. Wir nutzen nicht das Potenzial, das diese politische Union mobilisieren könnte, um Probleme wie die Arbeitslosigkeit zu lösen“, sagte gestern der Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, vor 400 Schülern und Lehrern im Forum Geesseknäppchen. Er war einer der Redner auf der Veranstaltung „InterLycées“ mit anschließender Podiumsdiskussion, die gestern im Zeichen der Jugendarbeitslosigkeit stand. Europa habe in der Welt nur dann eine Chance, „wenn die Mitgliedstaaten geschlossen zusammenstehen“, sagte Schulz. An die junge Generation richtete er den Appell, sich zu engagieren und die demokratischen Werte, die die Stärke Europas ausmachen, zu verteidigen und in die Welt hinauszutragen.

Im November 2012 lag die Jugendarbeitslosigkeit in der EU laut Eurostat im Schnitt bei 23,7 Prozent, in Griechenland bei unglaublichen 57,6 Prozent. Mit 18,6 Prozent stand Luxemburg noch vergleichsweise gut da. Die erschreckenden Zahlen rufen EU-weit Politiker und Wirtschaftsführer auf den Plan.

Die Botschaft von Europaparlamentspräsident Schulz an die jungen Menschen war unmissverständlich: Europa muss sich anstrengen, wenn es im globalen Konkurrenzkampf nicht untergehen will. „Die europäische Gesellschaft gründet auf den Kriegserfahrungen des 20. Jahrhunderts. Und diese Erfahrungen sind bestens dazu geeignet, unsere Interessen gegen jene Länder zu verteidigen, die in Zukunft möglicherweise wettbewerbsfähiger sind als wir, aber nicht demokratisch“, sagte Schulz und meinte damit



Arbeitsminister Nicolas Schmit, Europaparlamentspräsident Martin Schulz und UEL-Direktor Pierre Bley (v.r.n.l.) standen Schülern und Lehrern gestern Rede und Antwort. (FOTO: STEVE EASTWOOD)

Supermächte wie China oder Indien, „die nur deshalb billig produzieren können, weil sie die Menschenrechte mit Füßen treten“.

## Komatöser Zustand

Die Herausforderungen, vor denen Europa steht, sind monumental, aber nach Ansicht des deutschen SPD-Politikers zu bewältigen. Durch Engagement, durch mehr Europa und weniger Nationalstaat. Er sprach von der Zerstörung der Umwelt, den Rohstoff-Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten, „die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer macht“, und von der Zuwanderung, „die Europa grundlegend verändern wird“, Herausforderungen, „die die EU nur als Gemein-

schaft zu lösen vermag“. Unglücklicherweise befinde sich die EU in einer Art komatösem Zustand, meinte Schulz. Anstatt ihre Chancen zu nutzen und z. B. in den Aufbau der nordafrikanischen Länder zu investieren, würden die EU-Staaten ihre finanziellen Mittel kürzen. „Wir könnten eine blühende Wirtschaft im Süden Europas haben“, sagte Schulz.

Er plädierte für eine europäische Regierung, „die sich mit den großen Entwicklungen befasst, die das Schicksal der EU mitbestimmen werden, und nicht um kleine nationale Dinge, die die Länder bestens selbst regeln“. Und er plädierte für das Hinaustragen der demokratischen Werte in die Welt. „Das ist kein europäischer

Imperialismus“, meinte Schulz mit Nachdruck, „sondern bedeutet Freiheit, auch für andere Länder in der Welt.“ Die inzwischen selbstverständlich gewordenen Freiheiten und Rechte des einzelnen seien nicht auf ewig garantiert, warnte Schulz. Er riet den jungen Menschen, sich vor allzu einfachen Lösungen von Ultrationalisten in Acht zu nehmen. „Wenn Ihr wollt, dass die demokratischen Werte erhalten bleiben, müsst Ihr Euch engagieren“, so der deutsche Sozialdemokrat.

## Schülerfragen

Fragen zur konkreten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa beantworteten bei der anschließenden Podiumsdiskussion außer Martin Schulz auch Arbeitsminister Nicolas Schmit und UEL-Direktor Pierre Bley. „Das Europaparlament hat die Mitgliedstaaten wiederholt dazu aufgefordert, kurzfristig ein Maximum an Mitteln in die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu investieren“, sagte Schulz. Außerdem habe die EU ein Mikrokredit-Programm für kleine und mittlere Unternehmen aufgeföhren, organisiert von der Europäischen Investitionsbank, „um die Unternehmen schnell mit kleinen Summen zu versorgen, die sie von den krisengebeutelten nationalen Banken nicht erhalten“, so Schulz.

Pierre Bley nannte eine Luxemburger Initiative, die darauf abzielt, junge Leute mittels Kreditgarantien zu motivieren, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen. An Arbeitsminister Schmit richtete sich die Frage, ob das Luxemburger Sozialmodell in der EU Schule machen könnte, worauf Schmit entgegnete, dass das Soziale seinen Platz in der EU habe und der Sozialdialog unbedingt zu erhalten sei.